

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Pettzelle oder deren Raum M. 1.—, auswärts M. 1.20. : Reklamezelle M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auslastungsteilung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaß in Wildbad.

Nummer 35

Februar 1922

Wildbad, Samstag, den 11. Februar 1922

Februar 1922

56. Jahrgang

## Tagespiegel.

Der Fehlbetrag des Reichshaushalts für 1921 wird sich nach einer Mitteilung im Reichsrat durch die Uebersteuerungszuschüsse an Beamte um 9,7 Milliarden auf 172 Milliarden erhöhen.

In parlamentarischen Kreisen hält man die Stellung des Reichspräsidenten für erschüttert, weil er mit der Politik des Reichspräsidenten in dem Eisenbahnerstreik nicht einig sei. Der Ernährungs- und Finanzminister Hermes soll die Ansicht Gröners teilen.

Oesterreich erhält von der Tschechoslowakei einen in 20 Jahren zu tilgenden Kredit von 500 Millionen tschechoslowakischen Kronen für Zahlungen an die tschechoslowakische Republik. Falls außerdem die große Anleihe des Völkerbunds bis 31. Januar 1923 nicht zustande kommt, verpfändet Oesterreich seine Eisenbahnverkehrssteuer als Sicherheit für die tschechoslowakische Anleihe.

Orlando hat die italienische Kabinettsbildung abgelehnt, da ihm die Verständigung zwischen den Popolari (Kath. Volkspartei) und den Demokraten nicht gelang.

Präsident Harding hat die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua endgültig abgelehnt. Die Sowjetregierung macht ihre Beteiligung davon abhängig, daß die sogenannten Regierungen Petljura (Ukraine) und Zenin (Sibirien) nicht als „tatsächlich anerkannte“ Regierungen nach Genua eingeladen werden.

## Wochenrundschau.

Eine Woche lang stand das Deutsche Reich unter dem Zeichen des Eisenbahnerstreiks. Es war der erste, den Deutschland erlebt hat, und hoffentlich wird er auch der letzte sein. Es ist bisher unerhört, daß Beamte, die verfassungsrechtlich vor allen anderen Erwerbs- und Berufsständen durch feste, unklübbare Anstellung, Pensionen, Alters- und Familienversorgung und andere Dinge vom Staat bevorzugt sind, den Dienst einfach wegwerfen und einen Kampf gegen den Staat führen, dessen Brautträger und Vertreter sie sind, wenn auch das Staatsgefüge darob in Stücke gehen mag. Eine verhältnismäßig geringe Zahl von Beamten, die in der Reichsgewerkschaft organisiert ist, hat es in der Hand gehabt, fast den ganzen Verkehr plötzlich lahmzulegen. Bei dieser Gelegenheit hat man denn mit Staunen erfahren, daß die deutschen Verkehrsbeamten von Eisenbahn und Post, die den weitaus größten Teil des staatlichen Beamtentums überhaupt ausmachen, in einer Anzahl von Spitzen- und anderen Verbänden „organisiert“ sind. Es gehört schon ein gutes Unterscheidungsvermögen her, wenn man sich in all den Beamtengewerkschaften, Verbänden, Zirkeln usw. noch einigermaßen auskennen will, und wenn man die amtlichen Berichte über den Streik las, so mußte man sich unwillkürlich fragen: sollen das unsere mit Recht über die ganze Welt berühmt gewordenen Beamten sein? Nach der Revolution begann sich alles, bis zu den Lehrlingen und Schülern herab, zu „organisieren“, und es mag sein, daß das neuzeitliche Berufs- und Erwerbsleben aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine Organisierung verlangt. Aber eines schickt sich nicht für alle, jedenfalls kann man nicht alle über einen Kamm scheren, und der große Teil der Staatsbeamten wird nun selbst bemerkt haben, daß Berufsbeamtentum und gewerkschaftliche Organisation in ihren letzten Folgerungen nicht vereinbar sind. Das Berufsbeamtentum läßt sich nicht in ein reines Arbeitnehmertum verwandeln, es sei denn, daß es seiner ganzen Weisheit sich entäußerte — was folgerichtig auch eine entsprechende Wandlung des Staatsbetriebs bedingen würde — und auf alle Sonderrechte verzichtete. Aus diesem Gefühl heraus, das in Süddeutschland noch stärker gewurzelt ist als im Norden, erklärt sich die Abneigung der Eisenbahnbeamten in Württemberg und Bayern, sich am Streik zu beteiligen. Und diesen beiden Beamtenträgern ist es zu danken, wenn das Reich vor einer Katastrophe, vielleicht vor einem Generalstreik, auf den von radikaler Seite — wie es heißt, mit bolschewistischer Unterstützung — hingearbeitet wurde, bewahrt blieb. Die

Arzt unruhigen Berliner Stadtbewohner, die — nicht zufällig — gleichzeitig mit den Eisenbahnern die Arbeit niederlegten, spielten schon mit Generalstreiks-„Resolutionen“. Generalstreik wäre eine neue Revolution gewesen. Man hat wohl meist keine Ahnung davon gehabt, wie nahe der Reichswagen dem Abgrund zugerollt war. Der materielle Schaden dürfte einige Milliarden betragen.

Der Streik ist durch Verhandlungen beendet. Die Reichsregierung ist weit, nach der Ansicht vieler zu weit entgegengekommen, aber man wird nicht sagen können, daß sie ihren Standpunkt preisgegeben hätte. Der Kampf ging doch schließlich um das Streikrecht der Beamten, das von der radikalen Streikleitung mit der irreführenden Bezeichnung „Koalitionsrecht“ umkleidet wurde. Die Regierung blieb fest: es gibt keine Beamten-Aussperrung, also gibt es auch keinen Beamten-Streik. Das ist der springende Punkt. Die wirtschaftlichen Forderungen, die in dem bekannten Ultimatum enthalten waren, und die dem Reich eine Mehrausgabe von 50—60 Milliarden Mark aufzulegen hätten, spielten im Streik gar keine Rolle mehr, denn dieser war und sollte sein eine politische Machtprobe. Aber gerade diese wirtschaftliche Seite wird die Regierung im Auge behalten müssen, denn sie vor allem wird die Widerwehr eines „Beamtenstreiks“ verhüten. Die unerfüllbaren Forderungen des Ultimats freilich können nicht in Betracht kommen, aber es soll endlich wieder eine geordnete Befolbungspolitik getrieben werden. Denn das, was so allmählich durch Teuerungszuschüsse, Uebersteuerungszuschüssen, Familien-, Ordnungs- und Beamtenkategorien-Zulagen entstanden ist, das ist schon keine Befolbungspolitik mehr, sondern eine Befolbungsunordnung, über die sich die Beamten mit Recht beklagen, weil sie einzelne „Kategorien“ unverhältnismäßig günstig stellt, während andere nicht das Nötigste haben und weit schlechter gehalten sind als Privatbeiter. Die Gehaltserschöbungen können ja allerdings nicht so ins Endlose weitergehen, schließlich würde die erlauchte Verbands-Garanti- und Ueberwachungskommission einen starken Niegel vorlegen. Aber so lange die Teuerung fortschreitet, müssen die Einkommen doch mit ihr mehr oder minder im Einklang bleiben. Darum hätte die unverdächtig-brutale Forderung des Obersten Rats, daß die Preise in Deutschland auf den Goldwährungsfuß d. h. Weltmarktpreis gesteigert werden sollen, von der Reichsregierung mit einem lauten und energischen Protest zurückgewiesen werden müssen. Das würde heißen, die Teuerung verweigern. Erträglichere können die Gehaltsausgaben nur werden, wenn es auch die Teuerung wird; der Teuerung aber läßt sich nur durch eine ernsthafte Förderung der Gütererzeugung beikommen. Diese ist daher das A und das O unserer Politik und die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung. Daß sie darin in allen Teilen eine besonders geschickte Hand gezeigt hätte, kann man allerdings nicht gerade sagen.

Auf Unterstützung von außen zu rechnen, haben wir keine Veranlassung. Die deutsche Note über die Unmöglichkeit der 720 Millionenzahlung in bar für 1922 — neben den berühmten „Schleifungen“ von 1450 Gold-Millionen — hat beim Verband keinen großen Eindruck gemacht. Nach Pariser Blättern soll die Barzahlung zwar um 70 Goldmillionen ermäßigt werden, dagegen würde vom 1. April ab das deutsche Finanzwesen unter die Kuratel des Verbands gestellt d. h. das Reich würde wirtschaftlich und finanzpolitisch entmündigt, etwa wie ein verschwenderischer Säuser. Und mit der Konferenz von Genua hat es noch bedeutende Folgen. Harding hat für Amerika abgelehnt. Poincare will absolut nicht daran hin und hat allerhand auszusagen. Bald stellt er diese bald jene Bedingungen für die Teilnahme Frankreichs und jetzt will er die Konferenz vom 8. März auf Anfang oder Mitte Juni verschoben wissen. Auf keinen Fall will er Deutschlands Angelegenheiten, soweit sie mit dem Vertrag von Versailles und dem Ultimatum zusammenhängen, auf der Konferenz zulassen. Lloyd George aber preiziert fürchtlich, denn wenn die Konferenz, die Englands Rettung sein soll, nicht bald zustande kommt, so erlebt er sie vielleicht als Ministerpräsident überhaupt nicht mehr und seine ganze Arbeit als Staatsmann wäre ein Bruchstück im buchstäblichen Sinn. Er soll wieder einmal auf dem Fuß sein, der Herr Lloyd George, wie jener berühmte Kuhhirt von Ulm vor der Wahl: — überlebt hat er sich ohne Frage schon lange. Und Deutschland wird, wenn er von der Bühne

abtritt, nicht um ihn zu klagen brauchen. Erst dieser Tage hat Lloyd George im Unterhaus zum lausdovierten Mal von der „deutschen Gefahr“ für Frankreich gelogen und von dem unerbittlichen Zwang der vollen Kriegsentscheidung. Poincare, Briand, Lloyd George — immer der gleiche haben, nur je eine andere Nummer.

Drüber über dem großen Wasser ist am Montag Hardings große „Abrüstungskonferenz“ geschlossen worden. Harding hielt eine Rede und feierte die „großen Errungenschaften“ für den Weltfrieden, die der Konferenz beschieden gewesen seien. Bei solchen Gelegenheiten pflegt bekanntlich viel geschwiebert zu werden, das muß man schon in den Kauf nehmen. Harding selbst weiß besser als andere, daß die Washingtoner Konferenz für den Weltfrieden in Punkto Abrüstung nicht viel geleistet hat, weil das von vornherein gar nicht ihr Zweck war. Frankreich z. B. hält es mit seinem Heer und seiner Flotte trotz Washington gerade so, wie es ihm beliebt, England muß ihm jedes Bataillon und jedes Tauchboot, das etwa „abgerüstet“ werden soll, besonders teuer durch Begabungen und „Konzessionen“ in Deutschland abkaufen. Von wegen der „Abrüstungskonferenz“ könnte auch heute oder morgen auf jedem Teil der Erde ein neuer Krieg losbrechen, wenn die Völker nicht selber so erschöpft wären. Und doch kann Harding nicht ohne Befriedigung auf sein Werk blicken: der gefährliche Nivale der Vereinigten Staaten im Stillen Weltmeer, Japan, steht vereint, losgelöst von England, seinem alten Verbündeten, und an die Stelle des englisch-japanischen Bündnisses ist die angelsächsische Versippung getreten, die von der Vorherrschaft über die ganze Welt träumt. Vorläufig mag der Traum noch gelten, denn Amerika ist ja noch der Gläubiger der Welt, aber über Nacht kann sich manches ändern und Japan wird mit der ihm eigenen Zähigkeit und Schlaueit Ziele und Wege suchen und finden, die den Traum zerstören können. So wurde schon eine politische Zusammenfassung von Japan, China, Rußland nebst den islamitischen Ländern, in der Planstellung etwa Deutschland genannt. Zukunftsbilder, von denen vorläufig nur so viel sicher ist, daß die Welt sich die angelsächsische Bevormundung — von der brüchigen Entente zu schweigen — nicht dauernd gefallen lassen wird.

Am Sonntag früh ist nach dem 6. Wahlgang Kardinal Matti, Erzbischof von Mailand, zum Papst gewählt worden. Er hat den Namen Pius XI. angenommen. Der neue Papst galt bisher für einen frommen Gelehrten, der sich „um die Händel dieser Welt“ wenig kümmerte. Es war daher wenig glaubhaft, wenn von der anderen d. h. französischen Seite die Märe aufgestellt wurde, Pius XI. habe nach seiner Wahl einem Zeitungsman gegenüber gesagt, Deutschland brauche sich über den Verlust Oberschlesiens nicht zu beklagen, die Polen über nur Vergeltung für ihre lange Unterdrückung durch Deutschland. Kein verständiger Mensch konnte dem Papst eine solche Unklugheit zutrauen. Die Nachricht hat sich denn auch als Schwindel herausgestellt, denn Pius XI. hat nach seiner Wahl überhaupt keinen Berichterstatter empfangen. Vielmehr darf man zu ihm Vertrauen haben, daß er sein hohes Amt in den Dienst der Völkerveröhnung stellen wird.

## Reichstaa.

Der Reichskanzler über den Streik.

Berlin, 9. Febr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mitgeteilt, daß der bekannte Streikerlaß des Reichspräsidenten heute außer Kraft getreten ist.

Abg. A. Hoffmann (Komm.) beantragt die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen streikende Beamte.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die gespannte und entscheidungsvolle Phase in unserer Außenpolitik muß es dem ganzen Volk zur Pflicht machen, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder wenigstens ihre Arbeit nicht leichtfertig zu stören. Dagegen ist in letzter Zeit schwer und freventlich gestündigt worden, und zwar von Elementen, die in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu stützen. Die Arbeitsverweigerung eines Teils der Beamtenschaft nenne ich „Streit“, sondern Revolte in der Beamtenschaft. (Beifall und große Unruhe.) Dies ist eines der betrübendsten Ereignisse der letzten Jahre, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. In der Beamtenschaft hat sich der Streit im allgemeinen auf das Polarisierungs- und Jugendpersonal beschränkt. Dieser ist in Süddeutschland und

in Mecklenburg abgelehnt worden. Die Entschloßung der Technischen Nothilfe hat sich sehr rasch bemerkbar gemacht. In Berlin ist dann allerdings eine starke Störung dadurch herbeigeführt worden, daß die Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbands gegen die ausdrückliche Anweisung des Hauptvorstands beschloß, in den Streik zu treten. (Bravo bei den Kommunisten.) Die Spitzenorganisationen und auch der Deutsche Beamtenbund haben aber den Streik scharf verurteilt. Nachdem auch die städtischen Arbeiter in Berlin in den Streik getreten sind, hat die Reichsregierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft ausdrücklich abgelehnt. Am Dienstag hat sich die Reichsgewerkschaft verpflichtet, den Streik abzubrechen und die Reichsregierung hat erklärt, daß Massendiskiplinierungen und Massenentlassungen nicht stattfinden.

Trotz der allgemeinen Erhöhung der Gehälter und Löhne, die das Reich vor einem Monat mit einem Mehraufwand von rund 15 Milliarden bewilligt hatte, haben der Deutsche Beamtenbund und die übrigen Spitzenverbände eine nochmalige grundlegende Neuregelung der Beamtensoldatensatzung verlangt, die eine weitere Belastung von 50 bis 60 Milliarden betragen hätte. (Unruhe.) Diese Forderung konnte nicht als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden. Schon am 3. Januar begannen die Verhandlungen über die Uebersteuerungszuschüsse. Heute wird der Reichsrat sich mit einer entsprechenden Vorlage befassen. Trotzdem stellte die Reichsgewerkschaft am 17. Januar erneut unbrauchbare Forderungen. Diese Forderungen hatten ultimativen Charakter. Jemand eine Entschloßung über ein Arbeitszeitgesetz lag nicht vor. Hinsichtlich des Achtstundentags sind Erlasse und Verordnungen nicht ergangen. Es handelt sich vielmehr um die gerechte Durchführung und Anwendung bisheriger Vorschriften. Besprechungen mit den Spitzenorganisationen werden ergeben, ob statt eines besonderen Gesetzes für die Eisenbahner ein allgemeines Arbeitszeitgesetz erlassen werden soll. Die Reichsgewerkschaft setzt sich ins Unrecht gegenüber der Beamtenschaft, deren vornehmste Rechte sie durch Anwendung des ersten Beamtensatzes aufs allerschwerste gefährdet. Welch folgenschwerer Stoß die Idee des Berufsbeamtentums hierdurch erlitten hat, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Reichsgewerkschaft setzt sich aber auch ins Unrecht gegenüber dem gesamten deutschen Volk, dem sie Lasten aufzubürden versuchte, die es keinesfalls hätte tragen können und die es in neue Schwierigkeiten nach innen und außen brachte. Die Kernfrage beim Streik war nicht die wirtschaftliche Frage und nicht die Arbeitszeitfrage, sondern die Frage des Streikrechts für Beamte. In dieser Frage kann keine andere Regelung zu einem anderen Ergebnis kommen als zu dem: Für den öffentlich-rechtlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht (Stillschluß Widerstand bei den Kommunisten), weil sie ein Teil der Regierung sind, weil sie Organe der Regierung sind. Der Beamte übernimmt nach dem Gesetz und seinem Dienstvertrage die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt gewissenhaft wahrzunehmen. Die Eisenbahnbeamten sind abertausend lebenslanglich angestellt. Sie erhalten ihr Gehalt im Voraus; ihre Pensions- und Hinterbliebenenansprüche sind gesetzlich geregelt und gesichert. Diese Rechte sind mit einem Streikrecht der Beamten unvereinbar. Die Regierung hat durch die sachliche Erledigung der Beamtensachen keinen Anlaß gegeben, dem Staat das Vertrauen zu kündigen und sich zu einer Unruhbewegung hinreißen zu lassen, die den Staat und das Berufsbeamtentum schlechthin verneint. Allen denen, auf die wir uns bei der Abwehr des uns aufgezwungenen Kampfes stützen konnten, gilt der Dank der Regierung und des Staats. Ich gedenke dabei der süddeutschen Länder und ihrer Beamtenschaft, ich gedenke der Männer, die sich als Technische Nothilfe zur Verfügung gestellt haben. Sie nennen sie Streikbrecher; wir nennen sie Lebensretter des armen und geplagten Volks. (Unruhe bei den Kommunisten.) Leider haben einige dieser freiwilligen Beamten des Staats durch Unfall ihr Leben verloren, ein Umstand, den sich die ins Gewissen schreiben sollten, die die Verantwortung für das Geschehene tragen. Mit der Streikbeendigung ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird die Sitzung unter dem Einspruch der Kommunisten auf Freitag nachmittag 1 Uhr vertagt.

## Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Höber.

Schluss. (Nachdruck verboten).

Dem erfindereichen Gehirn des alten Postboten, der in dieser Eigenschaft mit den Verhältnissen der Einwohner von Höhenbrunn bekannt war, gelang dies in nur zu geschickter Weise. Er war es, der auf den Ausweg kam, die dem Lammwirt abgenommenen Banknoten durch einen Voten an die junge Krämersfrau unter der Vorgabe zu senden, ihr Vater schide ihr das Geld und sie solle um seinen Verbleib ganz unbesorgt sein. Die Geldscheine hatten für ihn selbst keinen Wert; er war ja dabei gestanden, wie der Lammwirt sie selbst gezeichnet hatte, und mußte sich ohne weiteres sagen, daß ihre Bewertung am ehesten den Verdacht der Fälschung hervorrufen würde. Er kannte die überschuldeten Vermögensverhältnisse des Krämers genau und nahm an, dieser würde sich nicht lange bedenken, das Geld zur Begleichung seiner Verbindlichkeiten zu verwenden.

Natürlich war es Mehlitz auch bekannt, daß die junge Krämersfrau die Tochter des unglücklichen Sanders war. Dessen plötzliches Auftauchen ließ ohne weiteres den Schluss zu, er habe bei seiner Tochter Zuflucht gefunden. Daß Sanders des Lammwirts Todfeind war, das wußte die ganze Gegend. Hand man keine Leiche unweit derjenigen Bindewalds, um so besser, dann nahm man sicher an, daß beide in wechselseitigem Kampfe den Tod gefunden. Würde man Jungaidel, weil man doch bei ihm die gezeichneten Banknoten früher oder später beschlagnahmen würde, auch der Mittäterschaft beschuldigen und ihn verurteilen, das verschlug dem nur auf Sicherung der eigenen Haut bedachten Verbrecher wenig. Da Schaible in Höhenbrunn wenig oder gar nicht bekannt war, übernahm er es, die in Zeitungspapier eingeschlagenen Banknoten einem Postbeamten zu übergeben, der sie

Berlin, 16. Febr. (167. Sitzung.) In der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung erhält zunächst das Wort

Reichsverkehrsminister Gröner: Ich habe bei meinen Beamten niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie sich bei ungerechtfertigter Arbeitsniederlegung ein schweres Dienstvergehen zu Schulden kommen lassen. Der Minister spricht dann den im Dienst gebliebenen Beamten, namentlich den süddeutschen, ferner den Arbeitern und der Technischen Nothilfe seinen Dank aus (Beifall), sowie denen, die Opfer an Leben und Gesundheit gebracht haben, sein Mitgefühl aus und verspricht, für die Opfer zu sorgen. Im Eisenbahnbetrieb gibt es neben der wirklichen Arbeitszeit auch Bereitschaftsdienst und für das Zugpersonal Wartezeit auf fremden Stationen. Wenn man diese Zeit, wie es die Reichsgewerkschaft will, als Arbeitszeit berechnen wollte, dann würde die Mehrzahl des Personals nur täglich 5-6 Stunden arbeiten. Es handelt sich beim Arbeitszeitgesetz auch gar nicht um ein Ausnahmegesetz für Beamte. Das Gesetz findet ebenso auf Arbeiter und Angestellte Anwendung. Keine Stelle hat bisher Anordnungen getroffen, um jetzt bereits Einschränkungen des Achtstundentags vorzunehmen. Die Auffassung, daß mit der Aufhebung der Ausnahmeverordnung auch die Strafbarkeit der während ihrer Geltung begangenen Vergehen beseitigt sei, ist irrig. Die Richtlinien der Regierung für die Disziplinarverfahren können sich nicht über das Reichsbeamtengesetz hinwegsetzen. Ich würde mich selbst eines schweren Dienstvergehens schuldig machen, wenn ich schwere Dienstvergehen von Beamten nicht verfolgen wollte. Es sind schwere Sabotageakte vorgekommen. Auf im Dienst befindliche Beamten wurde geschossen. (Hört, hört.) Es wurden Handgranaten gelegt (erneutes Hört, hört), Schienen auseinandergeschraubt und Teile herausgenommen, Gummische auf die Geleise gesetzt, um Personenzüge zum Entgleisen zu bringen. (Verhaftes Hört, hört und Bewegung.) In mehreren Bezirken hat das Streikpersonal den versprochenen Notbetrieb nicht durchgeführt, um den Einsatz der Nothilfe zu verhindern. Auch einige Länder haben den Einsatz der Technischen Nothilfe nicht zugelassen. (Verhaftes Hört, hört. Ruf: Welche?) So wurde dann die Nothilfe erst am 7. Februar voll eingesetzt, außerdem 12 000 Hilfskräfte, darunter 1200 Lokomotivführer.

Abg. Weis (Soz.): Der Einsatz der Technischen Nothilfe trägt schwerlich zur Beruhigung der Arbeitermassen bei. Wir geben zu, daß die Beamtenschaft Grund zur Klage hat, wir können aber nicht die Art und Weise billigen, wie sie in den Kampf eintrat. Maßnahmen, wie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar schaden der Autorität der Regierung mehr als denen, die gegen die Autorität anlaufen. Ein alleräußerstes Notwehrmittel darf auch den Beamten nicht versagt werden.

Abg. Höffe (Zentr.): Dem Dank des Reichskanzlers für die Haltung der Gewerkschaften schließen wir uns an. Ein Beamtensatzung sieht im Widerspruch mit den Beamtenrechten und der Staatsautorität. Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß sich die Auffassung des Herrn Reichskanzlers mit der Auffassung der Fraktion deckt. Das Vereinigungsrecht ist der Beamtenschaft zuzugestehen. Fraglich ist aber, ob sie ein Koalitionsrecht hat, welches das Streikrecht in sich schließt. Es ist zu wünschen, daß die bestehenden Organisationen diese Frage einer endgültigen Lösung entgegenführen.

## Neues vom Tage.

Der Verkehr kommt wieder in Gang.

Berlin, 10. Febr. In den meisten Direktionsbezirken des Reichs ist der Personenverkehr auf ein starkes Drittel wieder in Gang, beim Güterverkehr entwickelt sich der Betrieb wegen der angehaltenen Güter langsam. Der Schnellzugsverkehr ist fast vollkommen wieder aufgenommen. In den Bezirken Erfurt und Essen sind die Eisenbahner und Arbeiter noch unruhig; sie verlangen Sicherheiten gegen Maßnahmen.

Belohnung für pflichttreue Beamte.

Berlin, 10. Februar. Der Reichsverkehrsminister hat durch Aushang bekanntgegeben, daß in Anerkennung der

leistungsvollen Verdienste der pflichttreuen Beamten, Angestellten und Arbeiter während des Streiks diesen die Reisekosten und besonderen Ausgaben von den Dienststellen zu ersetzen sind. Ferner kann allen denen, die sich hervorgetan haben und anderen Beamten mit gutem Beispiel vorangegangen sind, eine Belohnung bis zur Höhe von 1000 Mark gezahlt werden.

Die bayerischen Postbeamten gegen Giesberts.

München, 10. Febr. Das Fachblatt der bayerischen Postbeamten und der Vereinigung der Post- und Telegraphenarbeiter fordert den Rücktritt des Reichspostministers Giesberts.

Die Stinnesgruppe in Portugal?

Paris, 10. Febr. Pariser Blätter verzeichnen ein in Lissabon umlaufendes Gerücht, wonach der portugiesische Regierung der Vorschlag gemacht worden ist, das staatliche Verkehrsnetz zur See an die Stinnesgruppe zu übertragen. Diese Gruppe würde die portugiesischen Seetransportunternehmen übernehmen; auch die 40 ehemals deutschen Dampfer, die von Portugal beschlagnahmt wurden, würden unter die Kontrolle dieser Gruppe zu stehen kommen, aber immerhin unter der Beibehaltung der portugiesischen Flagge, wodurch für den direkten Transport der portugiesischen Kolonialprodukte nach Hamburg die Vorzugsbehandlung gewährleistet bliebe. — Man macht auf ein plötzliches Dekret der portugiesischen Regierung aufmerksam, wodurch Hafengebühren und andere Abgaben erhoben würden. Gegen dieses Dekret hatten der englische Handel und die englische Schifffahrt energischen Protest eingelegt. Man nimmt an, daß dieses Dekret durch die erwähnten Verhandlungen mit der Stinnesgruppe angeregt worden sei.

Streikfieber in Essen.

Essen, 10. Febr. Eine Versammlung der Reichsgewerkschaftler faßte eine Entschloßung, daß wieder gestreikt werde, wenn auch nur ein Eisenbahner gemobregelt würde. Die der Reichsgewerkschaft angehörigen Vertreter der Post und der Gemeindearbeiter sagten ihren Beitritt zum Streik zu. Dem Direktionspräsidenten wurde mitgeteilt, daß im Falle von Maßnahmen in 14 Tagen ein Putzsch ausbrechen würde.

England erkennt das Wiesbadener Abkommen nicht an.

London, 10. Febr. Die „Times“ meldet, die britische Regierung habe beschlossen, das Wiesbadener Abkommen nicht anzuerkennen. Die deutschen Sachleistungen an Frankreich können nur soweit zugelassen werden, als sie den Anteil Frankreichs an den Entschädigungszahlungen nicht übersteigen.

Kämpfe zwischen Ulster und Südirland.

London, 10. Febr. In den zu Ulster gehörenden Grafschaften Tyrone und Downham, die eine überwiegend katholische (südirische) Bevölkerung haben, während das übrige Ulster protestantisch ist, sind am Mittwoch plötzliche Angriffe gegen die Ulster-Unionisten ausgeführt worden. An mehreren Stellen kam es zu heftigen blutigen Kämpfen.

Botchaft des Papstes an das amerikanische Volk.

Rom, 10. Febr. Papst Pius XI. hat an das amerikanische Volk eine Botchaft gerichtet, die er dem amerikanischen Kardinal Connor übermittelte. Er erklärt, daß er stets dem jungen, tapferen amerikanischen Volk seine lebhafteste Bewunderung gesezt habe. Die Washingtoner Konferenz habe viel für den Frieden getan, an dessen Wiederherstellung er teilnehmen wolle. Amerika habe bewiesen, daß es nie von Selbstsucht befallen war, weder während noch nach Schluß des Krieges.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Stettin. Unsere Bauta beginnt sich allmählich wieder etwas zu erholen. Es sind ja nur ganz geringe Fortschritte; aber die Neigung zur Besserung ist unverkennbar und es bleibt nur die Frage, ob sie anhält. Die Gründe können nur auf außenpolitischem Gebiet

an die junge Krämersfrau weiter besorgen sollte. Er machte sich auf den Weg und traf auch richtig den schwachsinigen Jungknecht, der sich die angebotene Mark gerne verdiente. Furor aber hatte Schaible dem habgierigen Verlangen nicht widerstehen können, einige der wertvollen Scheine zu sich zu stecken, wie er auch trotz des wütenden Protestes seines Kumpans die in den Taschen des Lammwirts vorgefundenen Goldstücke eingesteckt hatte. Die von ihm genommenen Banknoten, vier an der Zahl, wollte er dann mit den im Kassenstrahl geraubten Geldscheine an seine eigene Adresse hauptpostlagernd Konstanz schicken; ihr Vorhandensein trug am meisten zu seinem schließlichen Verderben bei.

Den Einbruch im „Goldenen Lamm“ und die bei dieser Gelegenheit erfolgte Tötung des alten Franz schob er Mehlitz in die Schuhe; er wollte lediglich Schmiere gestanden haben, was Sanna leidenschaftlich bestritt; haherfüllt bezichtigte sie ihn der alleinigen Ausführung auch dieses Verbrechens. Da ihr selbst keine direkte Mitschuld nachzuweisen war, kam sie wegen überwiegender Heilerei mit verhältnismäßig glimpflicher Gefängnisstrafe davon, während ihr ehemaliger Verlobter vom Schwurgerichte zum Tode verurteilt wurde.

Natürlich wurde Jungaidel augenblicklich entlassen und durfte in die Arme seiner ihn sehr schuldig erwartenden Gattin zurückkehren; eine wegen des zugestandenem Wilddiebstahls kurz darauf wider ihn erkannte geringfügige Haftstrafe blieb unvollstreckt, weil ihm deren Verhängung durch einen landesherrlichen Gnadenakt erlassen wurde.

An ihres Mannes Sterbelager wurde die Lammwirtin über Nacht zu alten Frau. All ihre inbrünstigen Gebets und reuevollen Verzweiflungsausdrücke konnten die zur Reize gehende Lebensflamme nicht wieder neu entfachen. Es blieb ihr nur ein Trost, daß

Glückslächeln um die Lippen für immer einschloß. Sein letzter Blick hatte ihr gegolten und mit ihrem deutlich gestammelten Namen ging er wunschlos hinüber.

Die trostlose Frau litt es nicht länger in den beengenden Verhältnissen der kleinen Stadt, wo ihr hartes Geschick in aller Munde war und man, wie sie meinte, mit den Fingern auf sie wies. Sie verkaufte ihren liegenden Besitz, um mit dem bescheidenen Vermögen an weit entferntem Orte sich wieder anzukaufen. Die wiedergefundene Tochter begleitete sie mit ihrem Mann und dem Töchterchen, das noch geboren wurde, bevor die Familie den Wanderstab ins Weite setzte.

Die alte, müde gewordene Frau zog sich in ihr Altenteil zurück. Sie lebte noch manches Jahr, um am Glück ihrer Kinder sich erfreuen zu dürfen. Ihr Schwiegersohn erwies sich als ein tüchtiger und umsichtiger Mann, der mit Nutzen durch die harte Lebensschule gegangen war; sie durfte um die Zukunft des jungen Paares ohne Sorge sein.

Zu einem echten, herzlichen Verhältnis zwischen Mutter und Tochter kam es auch in der Folge nicht, es lag zu viel zwischen ihnen, was unausgesprochen bleiben mußte, und beider Herzen bargen Wunden, die auch die Zeit nicht völlig aushelken konnte. Aber Frau Lenchen begegnete der greisen Mutter mit aufrichtiger Ehrfurcht und nimmermüder, zarter Pflege. Sie ließ es auch nachsichtig geschehen, daß die alte Frau die kleine Annemarie ungläublich vermählte und die süße, kleine Menschenknospe dafür mit noch inniger Liebe an ihr hing, wie an den eigenen Eltern. Sie fühlte es wohl, daß der so lange vertrocknet gelegene Liebesborn im Herzen ihrer Mutter, nun er wieder erweckt worden war, sich ausgeben mußte und die Liebe zu ihrem halben Enkelkind wie ein verklärter Abendsonnenstrahl in das umdüsterte Leben der durch fremdes und eigenes Vergehen hartgeprüften Frau fiel.

Regent Ansehenhaftig waren die Verhältnisse in dieser Berichtswache schlecht genug, und auch wirtschaftlich zeigt sich nirgends der geringste Grund zum Optimismus. Man gewinnt den Eindruck, daß die bevorstehende Konferenz von Genoa den Anstoß zu der leichteren Höherbewertung der deutschen Mark gibt. Am 9. Februar kosteten 100 deutsche Reichsmark in Zürich 2.67½ (am 2. Februar 2.52½) Franken; in Amsterdam 1.39 (1.32) Gulden; in Kopenhagen 2.57 (2.46), in Stockholm 2.00 (1.95) Kronen; in Wien 4077 (4297) Kronen und in Neuyork 0.51 (0.46½) Dollar. Der Dollar stellte sich zuletzt auf 192 Mt., also 11—15 Mt. niedriger als vor 8 Tagen.

**Börse.** Die Beendigung des Eisenbahnerstreiks, der fast eine Woche lang auf den Geschäftsgang der Börse so ungünstig eingewirkt und ihn vorübergehend ganz unterbunden hatte, hat die Unternehmungslust der deutschen Börsen gegen Schluß der Berichtswache wieder belebt und sogar die Abschwächung der Devisenpreise ausgeglichen. Das Privatpublikum freilich befindet sich noch in Zurückhaltung, aber die Berufsspekulation fängt wieder zu kaufen an. Die Kurseinbußen werden freilich nicht so schnell wieder hereingebracht sein, zumal da auch immer wieder Realisierungsbedürfnisse auftreten. Der Bankenmarkt zeigt im allgemeinen eine gute Haltung. Industriaktien lagen unregelmäßig, wobei Textilwerte bevorzugt wurden. Die neue Steigerung der Kohlenpreise bewirkte auch Käufe in Bergwerksaktien. Das Gründungsfever hält an; fast kein Tag vergeht ohne die Bekanntgabe einer neuen Aktiengründung.

**Produktenmarkt.** Die Eisenbahnsperrung in fast ganz Deutschland hatte in dieser Berichtswache wegen Ausbleibens der Zufuhr eine scharfe Preissteigerung hervorgerufen. Mit dem Abflauen des Streiks flaute aber auch die Hauffestimmung an der Berliner Produktenbörse wieder ab. Trotzdem weisen die Notierungen vom 9. Februar noch Erhöhungen gegenüber denen vom 2. Februar auf. Es notierten Weizen 424—427 (+ 12), Roggen 322—326 (+ 5), Gerste 372—377 (+ 4), Hafer 304—309 (+ 6), Mais 312—316 (+ 10) Mt. An der letzten Stuttgarter Landesproduktionsbörse stiegen die Mehlpreise um 40 Mt. auf 340—360 und die Strohpreise um 5—10 Mt. auf 100—110 Mt.

**Warenmarkt.** Die großen Verkehrsstörungen der Streikwoche haben wieder alles verteuert. Die Kohlenknappheit nimmt besorgniserregende Formen an. Die Industrie ist bereits wieder genötigt, sich nach allen Arten von Ersatzbrennstoffen umzusehen. Der scharfe Frost hat noch ein übriges getan, auch die Zufuhr aus dem Wasser auszuschalten. Aus der Eisenbranche hört man von neuen Preissteigerungen. Ein Bad Drahtstift kostet heute so viel wie früher das gesamte Holz, das man damit als Fußboden verlegte. Häute und Leder stehen weiter im Preis an. Die Erzeugnisse der Textilbranche werden von Woche zu Woche teurer. Seit einiger Zeit herrscht auch wieder eine regelrechte Panik in Wein, dessen sich die Spekulation zu bemächtigen begonnen hat. Durchschnittlich kostet heute schon der Eimer das Doppelte des Herbstpreises.

**Viehmarkt.** Auch hier ist Preissteigerung drin. Vom 2. zum 9. Februar haben auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt angezogen Ochsen erste Qualität um 70 Mt., Kühe um 20—40 Mt., Schweine um 130 Mt. Bei den Märkten auf dem Lande sollen gegenwärtig ein Paar Milchschweine 500—700 Mt.

**Holzmarkt.** Die Verhältnisse beginnen wieder ganz ungesund zu werden. Schon bei den Brennholzverkäufen gibt es überall unheimliche Ueberbietungen. Für Nugholz werden jetzt schon 500—600 Prozent über die Forsttare bezahlt. Die kommenden Reichsholzlieferungen für die Entente haben eine wilde Spekulation hervorgerufen. Wegen der Bauholzbeschaffung muß man zur Zwangswirtschaft zurückkehren.

## Württemberg.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Vom Landtag.) Im Finanzanschluß ist Kultusminister Dr. Hieber bezüglich der Eingaben von Ulm und Dillingen betreffs Staatszuschüssen für die dortigen Stadttheater mit, daß mit den beiden Städten bereits Verhandlungen stattfinden. Die Ulmer Eingabe wurde der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Vom Rathaus.) In der Gemeinderatssitzung wurde mitgeteilt, daß sich bei der Quaderspeisung der Kinder ein Fehlbetrag von 70 000 Mark ergeben hat, der auf die Stadtkasse übernommen wird. — Das Pferdemarktsstandgeld wurde von 5 auf 10 Mark für ein Tier erhöht.

Der Gemeinderat genehmigte die Stadtbaupläne für das Gaucher-Gelände in der Nähe des Weinhofs, vor dem Feuerbacher Tunnel. Dort soll Industrie angesiedelt werden. Dem Vernehmen nach wurde das Gelände von dem Stinnes-Konzern angekauft.

Das Botenfahrwerk der Vertierung der Bahnwägen hat das Botenfahrwerk wieder zu Ansehen gebracht. Der Lönharbdsplatz ist täglich von immer mehr Botenfahrwerken besetzt. In den Dillingener Tageszeitungen liest man Ankündigungen, daß Botenfahrwerke nach Stuttgart fahren und Bestellungen und Frachttüde annehmen.

**Krankheitsstatistik.** In der vierten Jahreswoche vom 22.—28. Januar wurden in Württemberg folgende Fälle von gem.ingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten gemeldet: Diphtherie 52 (tödlich 4), Kindbettfieber 6 (0), Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose 9 (28), Milzbrand 1 (0), Scharlach 37 (0), Typhus 1 (2).

**Stuttgart, 10. Febr.** (Die Notlage der Kleinrentner.) In der Generalversammlung des Rentnerbunds sprach der Vorsitzende im Geschäftsbericht die vom Reich, den Ländern, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften zugunsten der Rentner bisher unternommenen Maßnahmen. Aus der Mitte der Versammlung wurde das Ungenügende dieser Vorzüge für den Einzelnen hervorgehoben. Es sei Pflicht des Reichs und der Gemeinden, deren Ansehen die Rentner gegen Goldmark übernommen haben, die Zinszahlung dementsprechend zu vollziehen. In diesem Sinn soll vorgegangen werden. Landtagsabg. Hiller wurde als erster Vorsitzender wieder gewählt und Stadtplieger a. D. Wagner als zweiter Vorsitzender neu berufen.

Der Anschlag im Feuerbacher Tunnel ist aufgeklärt. Der in den ersten Tagen des Eisenbahnerstreiks ausgeführte Anschlag auf einen Arbeiterzug im Feuerbacher Tunnel wurde durch einen Arbeiterzug im

Febr. Ein vor kurzer Zeit entlassener Bahnarbeiter ist als Täter verhaftet worden.

**Juffenhäuser, 10. Febr.** (Kohlenmangel.) Wegen Kohlenmangels mußten hier am Donnerstag sämtliche Schulen geschlossen werden. Für Kinder wurde eine Wärmestube eingerichtet.

**Neuenstadt a. R., 10. Febr.** (Tödl. Unfall.) Der 39 Jahre alte Bäckermeister Greiner, der in der hiesigen Nahrungsmittelabrik beschäftigt war, geriet in die Transmission, wodurch ihm das Genick abgedrückt wurde.

**Tutzingen, 10. Febr.** (Teure Nacht.) Die hiesige Gemeindejagd, 1700 Hekt. Feld- und 960 Hekt. Waldfläche, wurde der hiesigen Jagdgesellschaft um den Pachtpreis von 27 550 Mt. (bisher 1200 Mt.) zugeschlagn.

**Leutkirch, 10. Febr.** (Brand.) Die Sägerei des Anstaltmühlbesizers Kaplan zur Illermühle in Lautrach ist abgebrannt. Die Feuerwehr konnte die Mühle mit Wohnhaus und das Dekonomiegebäude retten.

**Vom Bodensee, 10. Febr.** (Der See gefriert.) Im hinteren Hafen von Friedrichshafen ist gestern das Dampfboot „König Wilhelm“ am Kohlenplatz eingefroren; es konnte sich schließlich selbst aus dem bereits etwa 20 Zentimeter starken Eis losmachen. Die Eisbahn auf dem See zwischen Friedrichshafen und Eristlich wird viel benützt. Der Untersee ist ganz zugefroren.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Verband der Württembergischen Pferdezüchtervereine für Kaltblut.) Unter dem Vorsitz des Direktors Ströbel fand hier die diesjährige Verbandversammlung der Württ. Pferdezüchtervereine für Kaltblut statt. Der Verband umfaßt jetzt 13 Vereine mit zusammen rund 3100 Mitgliedern. Es wurde von verschiedenen Seiten empfohlen, mit dem Aufkauf der Hengstfohlen frühzeitig zu beginnen. Wenn genügend gute Hengstfohlen vorhanden sind, soll auch auf der Verbandswiese Scharben eine Aufzuchtstation eingerichtet werden. Die auf dem Landgebiet aufgestellten Pflanzgauer Hengste sollen wieder abgekauft werden. Das Beschlagnahmewort auf mindestens 250 Mt. nebst Versicherung von ½ Zentner Hafer, das Hengstgeld auf mindestens 250 Mt. festgesetzt. Die nächste Verbandssammlung findet in Ulm statt.

## Spielplan des Württ. Landestheaters.

Großes Haus. 13. Febr. Ben-Hajela (7½—10). — 14. S. 7: Lohengrin (6—10). — 15. S. 6: Sommernachtsstraum (7—10). — 16. S. 1: Palestrina (5½ bis 9¼). — 17. Rigolotto (7—9¼). — 18. S. 3: Sommernachtsstraum (7—10). — 19. Morgenfeier: Händel (11¼—12¼). Diello (6¼—10). — 20. Gastspiel der Tanzschule Voban (7¼—9¼).  
Kleines Haus. 15. S. 4: Coß fan tutte (6¼ bis 9¼). — 16. Peer Gynt (6—9¼). — 18. S. 5: Bastien und Bastienne. Gärtnerin aus Liebe (7—10). — 19. Amphitryon. Der eingebildete Kranke (7¼—9¼). — 20. Jungfrau von Orléans (6¼—9¼).

13. Febr.: 7. Sinfoniekonzert in der Lieberhalle (7¼).

## Wutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck im Osten beherrscht immer noch die Wetterlage. Am Sonntag und Montag ist tagsüber etwas milderes, nachts kaltes Wetter zu erwarten.

## Baden.

**Karlsruhe, 10. Febr.** Aus noch nicht verwandten Sammlungsmit in für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wurden unter Abrechnung aus einem Fonds des Badischen Industrie- und Handelsags jeder der badischen Hochschulen in Heidelberg, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim ein Betrag von je 20 000 Mt. bewilligt.

**Wörzheim, 10. Febr.** Wegen Brennstoffmangel mußten hier sämtliche Schulen geschlossen werden. Die Brennstoffe der Schulen werden von der Stadtverwaltung für die lebenswichtigen Betriebe, namentlich Bäckereien, beschlagnahmt, weil infolge des Eisenbahnerstreiks keine Kohlen mehr hereinkamen.

**Schwetzingen, 10. Febr.** Wegen Kohlenmangels mußten hier sämtliche Schulen geschlossen werden und zwar zunächst für acht Tage. Die Kälte betrug hier in der vorletzten Nacht 20 Grad Reaumur.

**Donaueschingen, 10. Febr.** Die Gemeinde Hausen-vorwald hat in ihrer letzten Sitzung einen Betrag von 9450 Mark für das hiesige Bezirkskrankenhaus genehmigt.

**Waldmichelbach, 10. Febr.** Dieser Tage feierten die Eheleute Peter Röth in Unter-Waldmichelbach das seltene Fest der diamantenen Hochzeit und zwar in voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit.

**Konstanz, 10. Febr.** Die Erwerbslosenfürsorge wurde hier am 16. Dezember 1918 eingerichtet. Innerhalb der ersten drei Jahre betrug der Aufwand für Erwerbslose 1 885 000 Mark, für Kurzarbeiter 175 000 Mt.

## Bermischtes.

Was alles „verdächtig“ ist. In Bad Neichenhall verlangte eine Verbandskommission in Begleitung eines deutschen Offiziers beim Amtsgericht Einsicht in das Vereinsregister. Der französische Hauptmann noierte sich als verdächtig eine „Sektion“, nämlich die des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, den Staatsbürgerverein und eine alte Vereinigung zur Abhaltung von H. Messen, die „Großhammerzunft“.

Wesetlicher Minister. Ueber den erst wegen Bestechlichkeit verurteilten früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Sepp Dexter (Unabh.) berichtet der „Braunschweigische Volksbund“ (soz.) weiter, Dexter habe während seiner Ministerkassat den Fabrikanten Wemmel in Heßten amilich so begünstigt, daß dieser Großkapitalist geworden sei. Dafür mußte ihm Wemmel 3 Prozent des Reingewinns geben und außerdem soll Dexter später, wenn er in die Dienste Wemmels trete, 10 Prozent des Reingewinns und Vorschüsse von 13 000 Mt. verlangt haben.

Eruption. In Friedland (Ostpr.) verunglückten 9 Kinder beim Spielen mit einem Sprengkörper tödlich.

Konkurse im Januar. Nach der Finanzzeitung „Die Bank“ sind im Januar 129 Konkurse eröffnet worden gegen 146 im Dezember und 92 im Januar 1921.

Die Preisfrage. Die Vereinigung der Fabrikanten elektrischer Heiz- und Kochapparate in Berlin hat die Feuerungszuschläge für Bügeleisen von 600 auf 750 Prozent, für Wasserlöser aus Messing, vernickelt und für alle lugustenerpflichtige Fabrikate von 900 auf 1050 Prozent hinaufgesetzt. — Der Zentralverband Deutscher Nationenfabrikanten erhebt auf die Dezemberpreise einen Feuerungszuschlag von 33 Prozent. — Die Deutschen Glashüttenwerke erhöhten die Preise für Photoglas weiter um 15 Prozent. — Der Deutsche Eisenhändlerverband in Düsseldorf hat die Lagerpreise wie folgt erhöht: Stabeisen 686 Mt., Universaleisen 751 Mt., Bandbleche 761 Mt., Grobbleche 772—783 Mt., Feinbleche 877—1621 Mt., Formeisen 878 Mt. pro 100 Kg. — Der Röhrenverband hat beschlossen, die Preise um 10 Prozent zu erhöhen.

Die Abwälzung auf den Verbraucher. Dem „Bayer. Einzelhandel“ wird mitgeteilt, daß einzelne Berliner Fabrikanten in letzter Zeit nicht nur das ausgelegte Paket bzw. Frachtporlo konventionsmäßig in Rechnung stellen, sondern auch das Porto für den die Rechnung enthaltenden, gewöhnlich gleichzeitig abgehenden Begleitbrief. So sucht man die Portoerhöhung auf den Einzelhandel abzuwälzen. Am Ende zahlt wie die sonstigen Spesen, so auch diese doch wieder der wirtschaftlich Schwächste, und das ist der Verbraucher.

Welt-Telephonanschlüsse. Nach einer englischen Fachzeitschrift gibt es zur Zeit rund 21 Millionen Telephonanschlüsse auf unserer Erde, wovon allein 15¼ Millionen auf Teilnehmer der englischen Sprache in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Australien, Afrika und Großbritannien selbst entfallen. Am zweiten Stelle steht die deutsche Sprache mit 2¼ Millionen Anschlüssen in Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und den Grenzländern. Am dritten Stelle steht Frankreich mit einer halben Million Anschlüssen. Das Schwedische wie das Dänische weisen je 400 000, das Japanische 350 000 Anschlüsse auf, während Spanien mit 250 000 und Rußland von etwa 200 000 Teilnehmern gesprochen wird. Die großen und dichtbevölkerten Länder China und Indien besitzen nur je etwa 50 000 Anschlüsse, die besonders in letzterem Land noch dazu hauptsächlich von Ausländern benutzt werden; die arabische Sprache, die ebenfalls über außerordentlich große Gebiete verbreitet ist, bildet dennoch nur für etwa 20 000 Teilnehmer die Verkehrssprache am Telephon.

Das Ende der „reitenden Artillerie“. Bei der englischen Artillerie ist man gegenwärtig damit beschäftigt, die tierische Zugkraft durch die mechanische zu ersetzen. Bei einer Artilleriebrigade sind bereits die Pferde ausgemustert und durch Kraftfahrzeuge ersetzt worden. Nur die Offiziere bleiben beritten, während die Mannschaften in der Bedienung und Führung der Motore ausgebildet werden. Es handelt sich bei diesen um den englischen Typ „Caterpillar“, mit Fahrrädern versehene Motorfahrzeuge, die eine fortlaufende Doppelfette besitzen, so daß es möglich ist, sie auch in gebirgiges Gegend als Zugkraft für die Geschütze zu gebrauchen. Bei der Feldartillerie wird jedes Stück auf einem Lauf montiert, der nicht gepanzert ist und ebenfalls nach dem Typ des „Caterpillar“ fortbewegt wird. Die Vorteile der mechanischen Zugkraft bestehen einmal darin, daß sie gegenüber der Pferdekraft eine bemerkenswerte Ersparnis bedeutet und zum anderen darin, daß sie die restlose Ausnützung der Transportmittel gewährleisten. Der Motor verbraucht Stoffe nur, wenn er arbeitet, während das Pferd, auch wenn es nicht arbeitet, gefüttert werden muß und beständiger Wartung bedarf. Aus diesem Grund kann auch die Bedienungsmannschaft der Geschütze auf die Hälfte herabgemindert werden.

1600 Millionen Kronen aus Amerika für Oesterreich. Das amerikanische Hilfswerk hat für Oesterreich 200 000 Dollar (1600 Millionen Kronen) gestiftet. Die Spende wird in Lebensmitteln für die Professoren und Studierendenische Gemeinshaftlichen, Krankenanstalten und Erholungsheime des Mittelstands in Wien, Graz, Leoben und Innsbruck gewährt. Ferner werden vom 1. Juni ab nach Zurückziehung des amerikanischen Kinderhilfswerks Kinder solcher Eltern des Mittelstands, die außerstande sind, für ihre Kinder zu sorgen, aus der Spende weiter versorgt werden.

Starke Schneefälle werden aus Griechenland gemeldet, wo dies seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen ist.

Niesenbrand in Lodz. In Wladzaw, einem Stadtteil der polnischen Industriestadt Lodz, ist die Fabrik des Manufakturvereins mit 60 000 Spindeln einem Niesenbrand zum Opfer gefallen. Etwa 6000 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Der Schaden ist nur zu einem kleinen Teil durch Versicherung gedeckt und beträgt über 4 Milliarden polnische Mark. Die Fabrik war das größte Unternehmen des ganzen polnischen Textilreviers.

Die irische Sprache. In Irland war das Englische schon lange die allgemeine Volkssprache geworden, die alte irische Sprache, das Gälische, eine keltische Mundart, lebte nur in einzelnen ländlichen Bezirken fort. Seit einigen Jahren schenkt man in Irland aber der alten Muttersprache wieder größere Aufmerksamkeit: Bücher von weiter Verbreitung wurden in der gälischen Sprache gedruckt und nun ist eine Bewegung im Gang, das Gälische wieder zur allgemeinen Volkssprache zu machen, indem der gälische Unterricht in den Schulen pflichtmäßig eingeführt wird.

ep. Zusammenstoß lutherischer Missionen. Ein internationaler Zusammenschluß der lutherischen Missionen in der ganzen Welt ist im Werden. Als Organ dient demselben ein von die'em Jahr ab in Leipzig erscheinendes Jahrbuch der lutherischen Missionen, zu dessen erster Ausgabe namhafte Gelehrte von Nordamerika, Schweden, Finnland und Deutschland Beiträge liefern werden.

Was kostet eine Insel? Verkauf von Inseln sind immerhin eine seltene Sache; es ist deshalb auch schwer, ihren Preis zu bestimmen, zumal dieser stark von der Lage des Landes im Weltverkehr abhängt. Die amerikanische Bundesregierung hat jetzt die Insel North-Island, eine kleine, nördlich von San Diego gelegene Insel, endgültig erwerben, um sie als Zentrum des Seeflugwesens auszugestalten. Ihr bisheriger Eigentümer war der amerikanische Kapitän John D. Spreckels; der Kaufpreis betrug 6 Millionen Dollar oder nach heutigem Wert 1,2 Milliarden Papiermark.

**Zum Sonntag.**

Die „gute alte Zeit“, wenn wir die noch hätten, es wäre vieles besser! Andere sagen: Nein, hätte man das alte nur noch halber zer schlagen! Wer hat Recht? Keiner? Neben dem Guten der alten Zeit gabs auch Schlimmes und unter den Erzeugnissen der neuen Zeit ist auch viel Schlimmes. Ob gut oder schlimm entscheidet nicht die Zeit, sondern die Ewigkeit. Am Ewigen müssen wir alles messen, nicht an unserem augenblicklichen Meinen. Da gilt nicht alt oder neu, da gilt nur wahr und echt. Und weil in der „guten alten“ Zeit manches, auch bei dir, morsch war, deshalb kann sich jetzt das Schlimme so ausbreiten. Wenn du also der vergangenen Zeit nachsehst, dann tue es in dem Sinn: „was verjümmte ich am Guten; wodurch bin ich Mitschuldiger an der Gegenwartsnot?“ Verlorenem nachjammern nützt nichts, aus Verlorenem lernen kommt. Das gibt gutes auch in unserer bösen Zeit. Sehr viel wollen zwar noch nicht, oder nicht mehr Leben und Zeit am Ewigen messen, wenns nur die wenigen Freuen tun! Nicht „alt“, nicht „neu“, sondern „ewig“ soll der Maßstab sein.

**Aus der Heimat.**

Ev. Gemeinde Wildbad. Die Eingabe des Ev. Volksbundes an den Landtag betr. Religionsunterricht in der Schule hat in unserer Stadt, trotz der Kürze der zu Gebot gestandenen Zeit, 1277 Unterschriften gefunden. Das sind 80 Prozent der in Betracht kommenden Wahlberechtigten. Der Ev. Volksbund wird in der nächsten Zeit zwei Vortragsabende veranstalten, die dem Gebiet der Sittlichkeit gewidmet sein sollen. Am 21. Februar wird Herr Medizinalrat Dr. Schöber sprechen für die Männerwelt über die geschlechtliche Frage vom medizinischen Standpunkt aus. Am 22. Februar folgt für die Frauenwelt ein Vortrag von Frau Dr. Frig über Ehefragen. Es werden noch nähere Ankündigungen ergehen. — Im Hinblick auf die bevorstehende Gloden-

welche wird an eine Wiederbelebung des ev. Kirchenchors gedacht. Wie wir hören, wäre unter Umständen Herr Musikdirektor Franz bereit, die Leitung derselben zu übernehmen. Das hängt allerdings davon ab, ob sich eine genügende Beteiligung ernsthafter und stimmbegabter Freunde und Freundinnen des Kirchengesangs findet.

— Die Vorschriften über Milchversorgung vom 24. Mai 1921 werden nach amtlicher Mitteilung in Württemberg nicht, wie vielfach angenommen wird, aufgehoben, sie bleiben vielmehr in Kraft; nötigenfalls kann die Landesversorgungsstelle geeignete Maßnahmen zur geregelten Verteilung von Milch von sich aus treffen.

— Milchherdiger in Sammelmolkereien. Durch Verfügung des Ministeriums des Innern ist die Frist für die Beschaffung von Milchherdigen in Sammelmolkereien bis 1. Mai 1924 verlängert worden.

— Abtug Bierbrauer! In Augsburg sind fünf Bierbrauer mit je 1000 M. bestraft worden, weil sie Bier in den Verkehr gebracht hatten, das statt 8 Prozent Würzegehalt nur einen solchen von wenig über 7 Prozent hatte. Ein Bierbrauer wälzte die Schuld auf seinen Bräumeister ab, der beauftragt gewesen sei, das Bier richtig einzufleiden und erreichte, daß die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt wurde. Sein Bier hatte 7,34 Prozent Würze.

**Handel und Verkehr.**

Mannheimer Produktenbörse, 9. Febr. Nachdem der Eisenbahnerausstand beendet ist, kommt jetzt seine Wirkung angesichts der verminderten Zufuhren in erhöhten Preisen zum Ausdruck. Brotgetreide und Futtermittel lagen an der heutigen Börse sehr fest. Auch sonstige Artikel waren fest. Es notierten Weizen 950-960, Roggen 760-770, Gerste 840-850, Hafer 680, Mais La Plata 800-810; Mais amerikan. 710 bis 720, inländ. Erbsen 800-1000, Biesenheu 390 bis 400, Preßstroh 120-125, geb. Stroh 120, Biertreber 620-640, Kleie 510-515 M. Der Preis für

Weizenmehl Spez. 0 wurde um weitere 25 M. auf 1350 M. die 100 Kilo ab fädd. Mühle erhöht.

Mannheimer Viehwirtschaft, 9. Febr. Der Auftrieb zum heutigen Markt betrug 113 Kälber, 61 Schafe, 223 Schweine und 87 Ferkel. Bezahlt wurden für 50 Kilo Lebendgewicht für Kälber je nach Klasse 1300 bis 1700 M., Schafe 700-1000 M., Schweine 1600-2050 M.; Ferkel 170-550 M. d. St. Stimmung: Kälberhandel mittelmäßig, Markt langsam geräumt; Schweinehandel mittelmäßig, kleiner Ueberstand; Schafhandel ruhig, nicht geräumt; Ferkel ruhig.

Zollarkurs am 10. Februar 1922 50 Mark.

Mehlpreiserhöhung. Die Südb. Mühlenvereinigung hat den Preis für Weizenmehl Spez. 0 um weitere 25 M. auf 1350 M. die 100 Kilo erhöht.

Die Preisentwicklung für Hopfen. Seit Anfang 1920 wurde in Nürnberg für In-Hallertauer Hopfen gezahlt (Durchschnittspreis für 50 Kilo, festgesetzt zu Monatsbeginn): 1920: Januar 3800 M., Februar 7000 M., Mai 5000 M., Juli 2400 M., November 3250 M., 1921: Januar 2200 M., April 1600 M., Juni 1700 M., Juli 1950 M., August 3500 M., September 7000 M., Oktober 7500 M., November 10000 M., Dezember 14000 M., 1922: Januar 12500 M., Februar 12600 M.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 12. Febr. 9 1/4 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10 1/4 Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Töchter): Stadtpfarrer Dr. Federlin. 8 Uhr abends, Bibelstunde: Stadtpfarrer Dieterle.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 12. Febr. 7 1/2 Uhr Frühmesse, 9 1/4 Uhr Predigt, Amt und Andacht. Während der Woche: Montag und Donnerstag keine hl. Messe. An den übrigen Tagen 7 1/2 Uhr hl. Messe. Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonntag bei der Frühmesse, Montag nicht, Donnerstag 7 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

**Dresdner Bank**

Kapital 550 Millionen Mark  
Reserven rund 400 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt  
Heilbronn Ulm

**Bauplatz zu kaufen gesucht**  
zur sofortigen Erstellung  
eines Zwei-Familien-Hauses.  
H. WEISCHEDEL, Architekt.

**Lebensmittel**

Wir empfehlen:

- Gesundheitskaffee mit 15% Bohnenkaffee, Pfundpaket 18.50,
- Limburgerkäse (weich u. hochfein), Schweizerkäse, tägl. fr. Butter, Bismarckheringe, Essiggurken, Tafelöl 40.-, Rapsöl 36.-, Doppelessig, Seife (noch billig), Linsen, Erbsen, weiße Bohnen, sowie in Gläser sterilisiert: Spargeln, Karotten, Bohnen, Pils, Kirschen, Pfirsiche und Bohnen.
- Prima Teigwaren: Maccaroni, Suppennudeln, Gemüsenudeln, Eiernudeln (solange Vorrat) Pfund 11.-.
- Schwarzwälder Speck, Feine Wurstwaren, Flaschenweine und Malaga.

**Karoline Bender & Söhne.**

**Maurer- u. Steinhauer-Innung, Bezirk Neuenbürg.**

Am Montag, den 13. Februar 1922 nachm. 2 Uhr findet im Gasthaus zum „Schiff“ in Neuenbürg

**Generalversammlung**

statt. Die Anwesenheit aller Innungsmeister ist dringend erforderlich.

Diejenigen Meister, welche der Innung noch nicht beigetreten sind, werden zur Versammlung ebenfalls eingeladen.

Der Obermeister.

**Liederkranz Wildbad.**

Am Samstag, den 11. ds. Mts. 9 Uhr 11 veranstaltet der Liederkranz einen



**Kappen-Abend**  
(Herren-Abend)

im Saale des „Hotel Post“.

Hiezu sind die verehrlichen Mitglieder des Vereins frdl. eingeladen.

Der Vorstand.

**Kath. Kirchenchor Wildbad.**

Am Sonntag, den 12. Febr. 1922 findet im Gasth. zur „Alten Linde“ ein

**Familien-Abend**

verbunden mit Musikvorträgen, Chören und Theaterstück „Heimat und Fremde“ statt. Beginn 6 Uhr

Jedermann ist herzlich eingeladen. Am Saaleingang ist ein Teller für Geldgaben zur Deckung der Unkosten aufgestellt.

Der Vorstand: Stadtpfarrer Fischer.

**Xaver Arnold, Molkereiprodukte,**

**!! Saison !! Riedlingen !! Saison !!**  
(Württbg.)  
Telephon Nr. 21. Telephon Nr. 21.  
Lieferant

feinster Molkereibutter in Saisonlieferung bei Bahn und Postbezug zum jeweils billigsten Tagespreis.

**Kindertabletten**  
Zu haben in Wildbad: Drogerie Gebr. Schmit.

**Turn-Verein Wildbad.**

Am Montag, den 13. Febr. abends findet im Hotel zur „Sonne“ (Nebenzimmer 1. Stock) eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses der Sportvereine

statt. Die Turnratsmitglieder werden ersucht, vollzählig und pünktlich 7 1/2 Uhr zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**LIEDERKRANZ**

Heute Samstag abends 8 Uhr Kurze Probe im Hotel Maisch. Alle Sänger erwartet der Vorstand.

**Beigolz-Berkauf.**

Am Mittwoch, den 22. Februar 1922, vormittags 9 1/2 Uhr in Wildbad, Gasth. z. Sternen aus Staatswald 1 Meistern, Abt. 1 Scheurengrund, 16 Sandsteigle, 17 Schuhmichel, 19 hint. Rauherberg, 22 hint., 23 mittl. und 24 vord. Riesenstein, 25 hint. Sulzhäusle. II Wanne, Abt. 22 mittl. und 25 ob. Aitergrund, 23 Ablaßstatt, 24 Brachsenhäusle, 28 Kirchhof, 44 Mistweg: Km.: 21 buch. Scheiter, 104 Buchen- und 419 Nadelh.-Anbruch. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. S. Stuttgart.

**Hyg. Gummi-Artikel**  
Zu haben bei Gebr. Schmit, Med.-Drogerie

**Sämtl. Hundebesitzer** werden ersucht, morgen Sonntag, d. 12. ds. Mts., mitt. 2 Uhr im Gasth. z. „Rose“ sich einzufinden zwecks **Gründung einer Hundebörse.**  
Der Einberufer.

**Verloren** ein Gebiß (6 Zähne) durch Brücke verbunden. Abzug, gegen gute Belohnung in d. Tagblattgeschäftst.



**Damen- und Mädchen-Bekleidung.**  
Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.  
**C. Berner, Pforzheim.**